

1. Änderungsbeschluss

zum Beschluss des Präsidiums des Verwaltungsgerichts der Freien Hansestadt Bremen über die Geschäftsverteilung für das Jahr 2024

wegen des Eintritts von Richterin Dr. Schmidt, der Abordnung von Richterin Buns und der bevorstehenden Elternzeit von Richterin Lammert wird der Beschluss über die Geschäftsverteilung 2024 vom 18.12.2023 mit Wirkung zum 1.2.2024 abgeändert.

A) Besetzung der Kammern des Verwaltungsgerichts

I. Besetzung der Kammern mit Berufsrichterinnen und Berufsrichtern

1. Kammer

Ordentliche Mitglieder:	Vors. Richter am VG Dr. Bauer Richter am VG Oetting Richter Müller	
Vorsitzender:	Richter Dr. Bauer Vertreter im Vorsitz: Richter Oetting	
Vertretung:	für Richter Dr. Bauer:	Richter Bogner und Richter Grieff
	für Richter Oetting:	Richter Dr. Pawlik und Richterin Korrell
	für Richter Müller:	Richterin Dr. Schmidt und Richterin Siemers

2. Kammer

Ordentliche Mitglieder:	Vizepräsidentin des VG Dr. Benjes Richter am VG Dr. Pawlik (0,9 AKA) Richterin Dr. Schmidt (0,8 AKA)	
Vorsitzende:	Richterin Dr. Benjes Vertreter im Vorsitz: Richter Dr. Pawlik	
Vertretung:	für Richterin Dr. Benjes:	Richter Stahnke und Richterin Brunkhorst
	für Richter Dr. Pawlik:	Richter Oetting und Richter Dr. Kommer

für Richterin Dr. Schmidt: Richter Müller und
Richterin Hoffer

3. Kammer

Ordentliche Mitglieder: Vors. Richter am VG Dr. Kiesow
Richterin am VG Dr. Weidemann (0,8 AKA)
Richterin am VG Schröder

Vorsitzender: Richter Dr. Kiesow
Vertreterin im Vorsitz: Richterin Dr. Weidemann
bei Verhinderung: Richterin Schröder

Vertretung: für Richter Dr. Kiesow: Richterin Dr. Benjes und
Richter Kaysers

für Richterin Dr. Weidemann: Richter Oetting und
Richter Stahnke

für Richterin Schröder: Richterin Siemers und
Richterin Hoffer

4. Kammer

Ordentliche Mitglieder: Vors. Richter am VG Stahnke
Richter am VG Bogner
Richterin am VG Brunkhorst

Vorsitzender: Richter Stahnke
Vertreter im Vorsitz: Richter Bogner
bei Verhinderung: Richterin Brunkhorst

Vertretung: für Richter Stahnke: Richter Dr. Bauer und
Richter Dr. Kiesow

für Richter Bogner: Richterin Dr. Weidemann und
Richterin Dr. Benjes

für Richterin Brunkhorst: Richter Müller und
Richterin Schröder

5. Kammer

Ordentliche Mitglieder: Präsidentin des VG Dr. Jörgensen
Richter am VG Kaysers (0,9 AKA)
Richterin Hoffer

Vorsitzende: Richterin Dr. Jörgensen
Vertreter im Vorsitz: Richter Kaysers

Vertretung: für Richterin Dr. Jörgensen: Richterin Korrell und
Richterin Schröder

für Richter Kaysers: Richter Dr. Kiesow und
Richter Grieff

für Richterin Hoffer: Richterin Dr. Schmidt und
Richter Müller

6. Kammer

Ordentliche Mitglieder: Vors. Richterin am VG Korrell
Richter am VG Kaysers (ohne Dezernat)
Richterin Siemers

Vorsitzende: Richterin Korrell
Vertreter im Vorsitz: Richter Kaysers

Vertretung: für Richterin Korrell: Richter Dr. Kommer und
Richter Dr. Bauer

für Richter Kaysers: Richterin Brunkhorst und
Richter Dr. Pawlik

für Richterin Siemers: Richter Grieff und
Richterin Dr. Schmidt

7. Kammer

Ordentliche Mitglieder: Vors. Richter am VG Dr. Kommer (0,9 AKA)
Richter am VG Grieff
Richterin Hoffer (ohne Dezernat)

Vorsitzender: Richter Dr. Kommer
Vertreter im Vorsitz: Richter Grieff

Vertretung: für Richter Dr. Kommer: Richterin Schröder und
Richter Bogner

für Richter Grieff: Richterin Brunkhorst und
Richterin Dr. Weidemann

für Richterin Hoffer: Richterin Siemers und
Richter Oetting

Fachkammer für Personalvertretungssachen

Richterliches Mitglied in Verfahren nach dem Bremischen Personalvertretungsgesetz und nach dem Bundespersonalvertretungsgesetz:

Vorsitzende: Vizepräsidentin des VG Dr. Benjes

Vertreter: Vors. Richter am VG Dr. Bauer

Fachkammer für Disziplinarsachen

Richterliche Mitglieder: Vors. Richterin am VG Korrell
Richter am VG Kaysers (ohne Dezernat)
Richterin Siemers

Vorsitzende: Richterin Korrell
Vertreter im Vorsitz: Richter Kaysers

Vertretung:

für Richterin Korrell:	Richter Dr. Kommer und Richter Dr. Bauer
für Richter Kaysers:	Richterin Brunkhorst und Richter Dr. Pawlik
für Richterin Siemers:	Richter Grieff und Richterin Dr. Schmidt

Kammer für Sozialgerichtssachen

Vorsitzende: Vizepräsidentin des VG Dr. Benjes

Vertreter: Vors. Richter am VG Dr. Kiesow

II. Allgemeine Vertretungsregelungen

1. Würde sich aufgrund der vorstehenden Besetzung der Kammern in Vertretungsfällen eine Zusammensetzung des jeweiligen Spruchkörpers mit zwei Proberichterinnen/Proberichtern ergeben, wirkt nur eine Proberichterin/ein Proberichter mit (§ 29 Satz 1 DRiG). Die/der mitwirkende Proberichter/in wird wie folgt bestimmt:

Die Mitwirkung als ordentliches Kammermitglied geht einer Mitwirkung als Vertretung vor. Eine erste Vertretung geht einer zweiten Vertretung vor. Sind beide Proberichterinnen/Proberichter jeweils in der gleichrangigen Vertretung, ist die/der mitwirkende Proberichterin/Proberichter nach Maßgabe der Reihenfolge der nachfolgenden allgemeinen Vertreterliste heranzuziehen.

2. Lässt sich eine Kammer nach den vorstehend getroffenen Regelungen nicht ordnungsgemäß besetzen, treten an die Stelle der fehlenden Berufsrichterinnen und Berufsrichter unter Berücksichtigung des Dienstalters einschließlich des Statusamtes (§ 20 DRiG) in der angegebenen Reihenfolge:

Dr. Schmidt
Hoffer
Müller
Siemers
Grieff
Brunkhorst
Kaysers
Schröder
Oetting
Dr. Pawlik
Bogner
Dr. Weidemann
Dr. Kiesow
Dr. Kommer
Stahnke
Korrell
Dr. Bauer
Dr. Benjes
Dr. Jörgensen

Befindet sich bereits eine Proberichterin/ein Proberichter in der Kammer, tritt die/der erste vorstehend aufgeführte Lebenszeitrichterin/Lebenszeitrichter an die zu vertretende Stelle. Die Heranziehung in der Vertretung erfolgt jeweils in der vorstehend angegebenen Reihenfolge.

3. Die Vertretung im Vorsitz erfolgt im Fall der Verhinderung der/des bestellten Vertreterin/Vertreters durch das dienstälteste Mitglied des Spruchkörpers (§ 21f Abs. 2 GVG, vgl. Ziffer II.2.).
4. In folgenden Fällen gilt eine Richterin/ein Richter als verhindert:
- Leitung eines Einführungslehrganges für Referendarinnen/Referendare
 - Leitung von Arbeitsgemeinschaften für Referendarinnen/Referendare
 - Mitwirkung an mündlichen Prüfungen im ersten und zweiten Staatsexamen
 - Aufsicht während Prüfungsklausuren
 - Teilnahme an Fortbildungen und Schulungen
 - Leitung von Fortbildungen und Schulungen von Mitarbeiterinnen/Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes
 - Vorsitz einer Einigungsstelle nach dem BremPersVG

Dies gilt auch, wenn die Schulungen oder Fortbildungen in Diensträumen des Verwaltungsgerichts oder Oberverwaltungsgerichts Bremen stattfinden. Eine Verhinderung liegt zudem vor während der Zeit, in der sich die Richterin/der Richter auf die Durchführung des Einführungslehrgangs, der Arbeitsgemeinschaft oder der mündlichen Prüfung vorbereitet. Die Vorbereitungszeit entspricht der Anzahl der Einsatztage; auf sie kann verzichtet werden.

5. Ist eine Richterin/ein Richter in mehreren Kammern Mitglied, ist für den Vorrang die Reihenfolge maßgebend, in der die Kammern aufgeführt sind. Die Mitwirkung in einer Fachkammer geht jedoch der Mitwirkung in einer allgemeinen Kammer vor.

6. Soweit Richterinnen und Richter auch Mitglied der Kammer für Baulandsachen beim Landgericht Bremen, des Dienstgerichts für Richter beim Landgericht Bremen und des Dienstgerichtshofs für Richter beim Hanseatischen Oberlandesgericht in Bremen sind, geht diese Tätigkeit den Aufgaben bei den Kammern des Verwaltungsgerichts vor, soweit die Richterinnen und Richter bei den genannten Gerichten nicht lediglich in Stellvertretung eingesetzt sind. Die Tätigkeit in Berufsgerichten geht nur der Vertretertätigkeit in den Kammern des Verwaltungsgerichts vor. Das ordentliche Mitglied der Kammer für Baulandsachen beim Landgericht Bremen wird jeweils in der Woche, in der Sitzungen der Kammer für Baulandsachen stattfinden, zu Vertretungen in den Kammern des Verwaltungsgerichts, in denen es kein ordentliches Mitglied ist - mit Ausnahme der Vertretung im Vorsitz -, nicht herangezogen.

III. Güterichterinnen und Güterichter

Zu Güterichterinnen und Güterichtern im Sinne von § 173 Satz 1 VwGO i. V. m. § 278 Abs. 5 ZPO werden bestellt:

Vizepräsidentin des Verwaltungsgerichts Dr. Benjes
Präsidentin des Verwaltungsgerichts Dr. Jörgensen
Richter am Verwaltungsgericht Kaysers
Vors. Richterin am Verwaltungsgericht Korrell
Vors. Richter am Verwaltungsgericht Stahnke

Vertretung jeweils: Richterin Dr. Benjes und Richterin Korrell

Die Güteverhandlungen werden in der Regel nach den Grundsätzen der Mediation durchgeführt.

Die zur Durchführung der Güteverhandlung verwiesenen Verfahren werden abwechselnd in der Reihenfolge ihrer Verweisung beginnend mit Richterin Frau Dr. Benjes auf die bestellten Güterichterinnen und Güterichter verteilt (Umlaufverfahren).

Güterichterinnen und Güterichter, die Mitglied des entscheidungsbefugten Spruchkörpers sind, sind bei der Verteilung ausgeschlossen und werden bei der Zuteilung übersprungen. Ein Ausgleich bei der Verfahrensverteilung findet im Rahmen des weiteren Umlaufverfahrens statt. Das Gleiche gilt, wenn eine Güterichterin oder ein Güterichter durch Erholungsurlaub, Krankheit oder aus sonstigen Gründen an einer zeitnahen Durchführung der Mediation gehindert ist.

Bei der Verteilung der Verfahren können auch Wünsche und Interessen der Verfahrensbeteiligten berücksichtigt werden.

IV. Besetzung der Kammern mit ehrenamtlichen Richterinnen und Richtern

Die Besetzung der Kammern mit ehrenamtlichen Richtern bzw. Beisitzern regeln besondere Beschlüsse bzw. Verfügungen.

B) Zuständigkeiten der Kammern

Die Verteilung aller anhängigen Verfahren sowie der neu eingehenden Verfahren erfolgt nach folgendem Plan:

I. Allgemeine Verfahren

1. Kammer

1.	Raumordnung, Landesplanung, Bau-, Boden- und Städtebauförderungsrecht einschließlich Enteignung	0900
	1.1 Raumordnung, Landesplanung	0910
	1.2 Bauplanungs-, Bauordnungs- und Städtebauförderungsrecht	0920
	1.3 Siedlungsrecht	0930
	1.4 Denkmalschutz	0940
	1.5 Kataster- und Vermessungsrecht	0950
	1.6 Enteignungsrecht	0960
	1.7 Verfahren betreffend das Recht der Außenwerbung	0990
2.	Schulrecht einschließlich Schulgebühren	0210
	2.1 Schulprüfungs- und Versetzungsrecht	0211
	2.2 Schülerbeförderung und Kosten für Lernmittel	0212
3.	Verfahren nach dem BremBQFG und zur Anerkennung ausländischer Prüfungen, soweit nicht die 7. Kammer zuständig ist.	0221
4.	Erwachsenenbildungsrecht	0270
5.	Berufsbildungsrecht und Recht des Prüfungswesens in Berufen der Handwerksordnung	0420
6.	Kommunal- und Staatsorganisationsrecht	0100
	6.1 Parlamentsrecht	0110
	6.2 Europa-, Bundestags- und Landtagswahlrecht	0120
	6.3 Parteienrecht	0130
	6.4 Kommunalrecht	0140
7.	Recht der Frauenbeauftragten nach dem Landesgleichstellungsgesetz	1700

2. Kammer

1.	Abgabenrecht	1100
	1.1 Gebührenrecht	1120
	1.2 Beitragsrecht	1130
2.	Polizei-, Ordnungs- und Wohnrecht aus den Bereichen	0500
	2.1 Polizeirecht	0510
	2.2 Waffenrecht	0511
	2.3 Ordnungsrecht	0520
	2.4 Polizeiliche Maßnahmen zum Schutz vor Gewalttaten und Nachstellungen	0521
	2.5 Obdachlosenrecht	0522
	2.6 Vereinsrecht	0523
	2.7 Katastrophenschutzrecht	0525
	2.8 Namensrecht	0531
	2.9 Melderecht	0533
3.	Aufenthalts- und Durchquerungsverbote, unabhängig davon ob sie auf polizeirechtliche, ausländerrechtliche oder asylrechtliche Rechtsgrundlagen gestützt werden	0500 0600 0700
4.	Rundfunk- und Fernsehrecht einschließlich Gebühren und Beiträge	0250
5.	Bestattungs- und Friedhofsrecht	0146
6.	Recht der Richtervertretung	1390
7.	Ausländerrecht, soweit nicht die 4. Kammer zuständig ist	0600
8.	Sonstige Verfahren	1700

3. Kammer

	Sozialrecht, soweit nicht die 4. oder 7. Kammer zuständig ist, Jugendschutzrecht, Kindergartenrecht, Verfahren nach dem Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz (BEEG)	1500
	1. Wohngeldrecht	1510
	2. Schwerbehindertenrecht	1521
	3. Kriegsofferfürsorge	1522

4. Kinder- und Jugendhilferecht	1523
5. Unterhaltsvorschussrecht	1525
6. Heizkostenzuschussrecht	1526
7. Sozialrecht nach landesrechtlichen Vorschriften	1527
8. Jugendarbeits- und Mutterschutzrecht	1528
9. Gesetz zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung	1530
10. Jugendschutzrecht	1540
11. Kindergartenrecht, Heimrecht	1550
12. Kriegsfolgenrecht in den Bereichen	1560
Lastenausgleichsrecht	1561
Häftlingshilferecht	1562
Flüchtlings- und Vertriebenenrecht	1563
Requisitions- und Besatzungsschädenrecht	1564

4. Kammer

1. Ausländerrecht im Hinblick auf Personen mit Herkunft aus den Ländern der Europäischen Union sowie den Herkunftsländern Großbritannien, Türkei, Serbien, Kosovo, Montenegro, Bosnien und Herzegowina, Republik Nordmazedonien, Albanien, Libanon und Syrien. Bei in Deutschland geborenen Personen gilt als Herkunftsland bei ausländerrechtlichen Streitigkeiten das Land ihrer Staatsangehörigkeit. Ist diese ungeklärt oder liegt Staatenlosigkeit vor, gilt als Herkunftsland das Herkunftsland der Eltern der betroffenen Person. Für ausländerrechtliche Verfahren nach § 15a AufenthG besteht die Zuständigkeit für Verfahren von Personen aus allen Herkunftsländern.	0600
2. Staatsangehörigkeitsrecht	0532
3. Pass- und Ausweisrecht	0534
4. Datenschutzrecht, einschließlich des Schutzes der Sozialdaten nach SGB, soweit diese Verfahren ab dem 1.1.2020 eingegangen sind; sowie einschließlich der §§ 58 bis 70 und 76 bis 96 BremPolG.	0535
5. Zensus	0536
6. Wohnrecht	0560
7. Unterlassung und Widerruf von Äußerungen	1700
8. Verfahren, in denen die Gewährung von Akteneinsicht und Informationszugang begehrt wird, insbesondere nach den Informationsfreiheitsgesetzen und dem Verbraucherinformationsgesetz sowie Verfahren nach dem Informationsweiterverwendungsrecht; soweit die Verfahren bis zum 31.12.2019 eingegangen sind, verbleibt es bei der bisherigen Zuständigkeit;	1730

sowie einschließlich der Verfahren nach den §§ 71 bis 75 BremPolG, soweit die Verfahren ab dem 1.1.2022 eingegangen sind.

9. Verfahren nach dem Umweltinformationsgesetz 1070

5. Kammer

1. Wirtschafts- und Wirtschaftsverwaltungsrecht, Landwirtschafts-, Jagd-, Forst- und Fischereirecht, Recht der freien Berufe 0400
- 1.1 Wirtschaftsverfassung, Wirtschaftslenkung, Marktordnung einschl. Preisrecht, Außenwirtschaftsrecht 0410
- 1.2 Gewerberecht einschließlich Gaststätten- und Handwerksrecht 0420
- 1.3 Landwirtschaft und Ernährungswirtschaft 0430
- 1.4 Jagd-, Forst- und Fischereirecht 0440
- 1.5 Post-, Fernmelde- und Telekommunikationsrecht 0450
- 1.6 Recht der freien Berufe einschließlich Kammerrecht 0460
- 1.7 Recht der Beliehenen, u. a. Schornsteinfegerrecht 0470
- 1.8 Eisenbahn-, Kleinbahn-, Bergbahn- und Wasserstraßenrecht 0480
- 1.9 Sonstiges Wirtschaftsrecht 0490
- 1.10 Krankenhausrecht einschließlich Krankenhauspflegesätze 0491
2. Polizei- und Ordnungsrecht in den Bereichen 0500
- 2.1 Versammlungsrecht 0512
- 2.2 Tierschutzrecht einschließlich Hundehaltung 0526
- 2.3 Gesundheit, Hygiene, Lebens- und Arzneimittel 0540
- 2.4 Verkehrsrecht 0550
- 2.5 Lotterierecht 0570
3. Umweltrecht 1000
- 3.1 Berg- und Energierecht 1010
- 3.2 Umweltschutz einschließlich Immissionsschutz und Abfallbeseitigung 1020
- 3.3 Wasserrecht einschließlich Deich- und Wasserverbandsrecht 1030
- 3.4 Straßen- und Wegerecht 1040

6. Kammer

1. Recht des öffentlichen Dienstes (einschließlich der Abgeordneten), soweit nicht die 7. Kammer zuständig ist 1300
- 1.1 Recht der Bundesbeamten 1310
- 1.2 Soldatenrecht 1320

1.3 Recht der Landesbeamten	1330
1.4 Recht der Richter	1340
1.5 Wehrpflichtrecht, Wehrrecht	1350
1.6 Dienstrecht des Zivilschutzes	1360
2. Dienstrecht der Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften	0260

7. Kammer

1. Ausbildungs- und Studienförderungsrecht	1524
2. Recht des öffentlichen Dienstes (einschließlich der Abgeordneten), soweit es sich um Beihilfen, Reise- und Umzugskostenvergütungen und Trennungschädigungen handelt	1315 1325 1335 1345
3. Recht des öffentlichen Dienstes (einschließlich der Abgeordneten), soweit es sich um Versorgungs- und Unfallfürsorgerecht handelt einschließlich Schadensersatzforderungen, die wegen Verletzung der Fürsorgepflicht geltend gemacht werden, sowie Verfahren nach dem Bremischen Ruhelohngesetz	1314 1324 1334 1344
4. Hochschulrecht einschließlich hochschulrechtliche Abgaben	0220
4.1 Recht der Hochschul- und Staatsprüfungen sowie die Anerkennung ausländischer Prüfungen, soweit es Promotionen und Habilitationen betrifft	0221
4.2 Erlaubnis zum Führen eines ausländischen akademischen Grades	0222
4.3 Hochschulzugangsrecht, soweit Hochschulen ihre Aufnahmebedingungen durch Bewerber nicht als erfüllt ansehen	0223
5. Numerus-clausus-Verfahren	0300
6. Allgemeines Subventionsrecht	0411

II. Asylrechtliche Streitigkeiten

1. Zuständigkeiten nach Herkunftsländern

a) Maßgeblich für die Verteilung der Verfahren aus dem Asylrecht (1800, 1900, 2000, 2100, 2200, 2300) ist der in der Abschiebungsandrohung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge genannte Zielstaat; bei mehreren Zielstaaten der zuerst genannte Staat.

b) Fehlt es an einer Zielstaatsbestimmung, so richtet sich die Verteilung nach der vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge angenommenen Staatsangehörigkeit; bei mehreren Staatsangehörigkeiten nach der vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge vergebenen Länderkennziffer.

c) Ist nach diesen Maßstäben eine Zuordnung des Verfahrens zu einer Kammer nicht möglich, ist auf das Vorbringen der Asylbewerberin bzw. des Asylbewerbers zu ihrer bzw. seiner Staatsangehörigkeit abzustellen. Bei mehreren Staatsangehörigkeiten oder ungeklärter Staatsangehörigkeit richtet sich die

Zuständigkeit nach dem Staat, für den Verfolgung geltend gemacht wird; wird Verfolgung für mehrere Staaten geltend gemacht, richtet sich die Zuständigkeit nach dem Verfolgerland, in dem die bzw. der Asylsuchende nach dem eigenen Vorbringen zuletzt gelebt hat.

d) Ändert sich im Lauf des gerichtlichen Verfahrens das Vorbringen hinsichtlich der die Zuständigkeit begründenden Umstände, verbleibt es bei der ursprünglich begründeten Zuständigkeit; mit Ausnahme der unter 2. d) geregelten Sachverhalte.

1. Kammer

1. Iran
2. Libanon
3. Amerikanische Herkunftsländer
4. Ägypten

2. Kammer

1. Türkei
2. Asiatische Herkunftsländer, die keiner anderen Kammer zugewiesen sind

3. Kammer

1. Afghanistan
2. Syrien, soweit die Verfahren ab dem 1.1.2023 eingegangen sind.

4. Kammer

1. Nigeria
2. Syrien, soweit die Verfahren bis zum 31.12.2022 eingegangen sind.

5. Kammer

Irak

6. Kammer

1. China einschließlich Taiwan, Pakistan
2. Armenien, Aserbaidshan, Georgien, Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Turkmenistan, Usbekistan
3. Russische Föderation
4. Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Moldau, Rumänien, Slowakei, Tschechien, Ukraine, Ungarn, Weißrussland, Serbien
5. Herkunftsländer, die keiner anderen Kammer zugewiesen sind

7. Kammer

1. Afrikanische Herkunftsländer, soweit nicht die 1. oder 4. Kammer zuständig ist.
2. Israel einschließlich palästinensische Autonomiegebiete, Jordanien, Saudi-Arabien, Vereinigte Arabische Emirate, Oman, Bahrain, Katar, Kuwait, Jemen
3. Sri Lanka
4. Bosnien und Herzegowina, Montenegro, Kroatien, Republik Nordmazedonien, Kosovo, Albanien, Slowenien

2. Zuständigkeiten unabhängig vom Herkunftsland der Asylbewerber und Sonderzuständigkeit im Ausländerrecht

- a) Ist Gegenstand des Verfahrens eine länderübergreifende Verteilung oder Umverteilung oder eine Aufenthalt- bzw. Unterkunftnahmeverpflichtung der Asylbewerber oder eine landesinterne Verteilung nach dem Gesetz zur Aufnahme von ausländischen Flüchtlingen, Spätaussiedlern und unbegleiteten ausländischen Kindern und Jugendlichen ist die 4. Kammer zuständig.
- b) Für Streitigkeiten wegen Beschäftigungserlaubnissen für Asylbewerber nach § 61 Abs. 2 AsylG ist die 4. Kammer zuständig (1810, 1910).
- c) In Verfahren gegen eine Abschiebungsregelung in Anwendung der Verordnung (EU) Nr. 604/2013 vom 26.06.2013 (Dublin III-VO) ist zuständig (2000, 2100):
 - aa) die 1. Kammer, wenn die Abschiebung nach Rumänien, Spanien, Belgien, Frankreich, Slowenien oder in sonstige hier nicht aufgeführte Staaten verfügt wurde;
 - bb) die 2. Kammer, wenn die Abschiebung nach Österreich oder Bulgarien verfügt wurde;
 - cc) die 3. Kammer, wenn die Abschiebung nach Polen, Ungarn oder Schweden verfügt wurde;
 - dd) die 5. Kammer, wenn die Abschiebung nach Griechenland verfügt wurde;
 - ee) die 6. Kammer, wenn die Abschiebung nach Italien, Norwegen oder in die Slowakische Republik verfügt wurde;
 - ff) die 7. Kammer, wenn die Abschiebung in die Niederlande, die Schweiz oder nach Dänemark verfügt wurde.

Diese Zuständigkeiten gelten auch für Verfahren gegen eine Abschiebungsregelung gegenüber Personen, denen nach der Richtlinie 2011/95/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13.12.2011 über Normen für die Anerkennung von Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen als Personen mit Anspruch auf internationalen Schutz, für einen einheitlichen Status für Flüchtlinge oder für Personen mit Anrecht auf subsidiären Schutz und für den Inhalt des zu gewährenden Schutzes (ABl. Nr. L 337 S. 9) internationaler Schutz gewährt wurde.

d) Wird während des Asyl-Verfahrens der streitgegenständliche Verwaltungsakt, mit dem ein Asylantrag als unzulässig abgelehnt wurde, durch eine Ablehnung als unbegründet oder offensichtlich unbegründet ersetzt, so wird mit Eingang des ersetzenden Bescheides bei Gericht die gemäß B II. 1. zuständige Kammer (Zuständigkeit nach Herkunftsstaat) zuständig.

III. Sozialgerichtliche Verfahren

Die Kammer für Sozialgerichtssachen ist zuständig für Verfahren, die aus dem Umstand resultieren, dass gemäß § 50a SGG i.V.m. Gesetz über die Sozialgerichtsbarkeit (v. 30.11.2004, BremGBI. S. 583) eine übergangsweise Zuständigkeit des Verwaltungsgerichts Bremen in Angelegenheiten der Sozialhilfe und des Asylbewerberleistungsgesetzes bestand.

IV. Ergänzende Verteilungsgrundsätze

1. Sind Kosten des Vorverfahrens, Säumniszuschläge, Aussetzungs- und Stundungszinsen für Geldforderungen, Maßnahmen der Verwaltungsvollstreckung, Durchsuchungsanordnungen oder Abgaben und Kosten für Amtshandlungen allein Gegenstand des Rechtsstreits, ist die Kammer zuständig, zu deren Geschäftsbereich die sachliche Zuständigkeit gehört. Abweichend hiervon ist in Fällen, in denen eine Durchsuchungsanordnung gemäß § 16 Abs. 3 BremVwVG zur Vorbereitung einer vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge angeordneten oder angedrohten Abschiebung erlassen werden soll, die 2. bzw. 4. Kammer entsprechend ihrer ausländerrechtlichen Zuständigkeit zuständig.
2. Zu den den Kammern zugewiesenen Geschäftsbereichen gehören neben den Hauptsache- und Eilverfahren auch alle Nebenverfahren.
3. Machen mehrere Kläger oder Antragsteller ein Verfahren anhängig, ist der Name des Klägers oder Antragstellers maßgebend, dessen Anfangsbuchstabe "A" ist oder dem "A" am nächsten steht.
4. Berührt ein Rechtsstreit (ohne Trennungsmöglichkeit) mehrere Sachgebiete und sind diese verschiedenen Kammern zugewiesen, ist die Kammer zuständig, in deren Sachgebiet der Schwerpunkt der rechtlichen Auseinandersetzung liegt. Entsprechendes gilt in den Fällen, in denen Behörden ihre Entscheidungen auf allgemeine Normen stützen.
5. Ändert sich auf Grund der Bestimmungen dieses Geschäftsverteilungsplans die sachliche Zuständigkeit von Kammern, werden die bisher bei einer anderen Kammer anhängigen Verfahren an die nunmehr zuständige Kammer abgegeben.
Die bisher zuständige Kammer bleibt jedoch zuständig,
 - a) wenn sie im Zeitpunkt der Beschlussfassung über diesen Geschäftsverteilungsplan bereits eine Entscheidung durch Gerichtsbescheid getroffen oder eine Beweisaufnahme beschlossen hat oder eine mündliche Verhandlung stattgefunden hat
 - b) und zudem im Fall einer Anhörungsrüge gegen eine Entscheidung, die vor dem Zuständigkeitswechsel erfolgt ist.
6. In Zweifelsfällen entscheidet das Präsidium über die Zuständigkeit einer Kammer.

Bremen, den 24.01.2024

gez. Dr. Jörgensen

gez. Buns

gez. Dr. Benjes

gez. Dr. Kommer

gez. Korrell

gez. Schröder

gez. Stahnke